

Notwendigkeit und Schwierigkeit authentischen Erinnerns



Zum Umgang mit der Last jüngster Vergangenheit

Thomas Hoppe



Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall, siebenzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ist die Frage, wie man diesen Ereignissen und ihren Folgen im individuellen wie kollektiven Gedächtnis gerecht werden kann, erneut Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Insbesondere besteht die Gefahr, dass unterschiedliche, sich tendenziell ausschließende Narrative zur Relativierung wesentlicher politischer und moralischer Gehalte beitragen. Es gilt aber, diese in Formen angemessenen kollektiven Erinnerns festzuhalten. Der Erinnerungsdiskurs verweist darüber hinaus auf die Aufgabe, die Situation derjenigen, die unter den Folgen von Systemunrecht bis heute zu leiden haben, zu lindern, vor allem, sie in die Suche nach gemeinsamem, authentischen Erinnern aktiv einzubeziehen. Schließlich stellt sich die Frage, wie und in welchen Grenzen angesichts von massenhaften Verbrechen und ihren Auswirkungen die Rede von Versöhnung möglich und sinnvoll wird.

Zeitenwende in Europa

Vor zwanzig Jahren ereigneten sich in Europa dramatische politische Entwicklungen, die in einen weltpolitischen Umbruch unerwarteten Ausmaßes hineinführten. Mit der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion (KPdSU) durch *Michail Gorbatschow* wurde ab dem Jahr 1985 zunehmend öffentlich sichtbar, dass politische wie ökonomische Krisensymptome in Mittel- und Osteuropa eine andere Reaktion verlangten als die bislang praktizierte. Gorbatschow war nicht bereit, sich auf die Verwaltung vielfach kritizierter Missstände zu beschränken; er forderte vielmehr in Politik, Wirtschaft und Verwaltung die Bereitschaft ein, sich auf einen grundlegenden Prozess des Umbaus (*perestroika*) des sowjetischen Staats- und Gesellschafts-systems einzulassen. Unter diesen veränderten Umständen, die bisher kaum für möglich gehaltene Spielräume eröffneten, erhielten auch Reformkräfte und -bewegungen in anderen Ländern des damaligen östlichen Lagers neue Chancen.

Im August 1989 wurde in Polen mit *Tadeusz Mazowiecki* der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident seit dem Zweiten Weltkrieg gewählt. Im September öffnete die ungarische Regierung allen ausreisewilligen Bürgern der DDR, die sich im Land aufhielten, die Grenze nach Österreich, so dass sie in den Westen gelangen konnten. Der politische Druck auf die DDR-Regierung, ihre Politik der Verweigerung von Reisefreiheit, aber auch anderer politischer Freiheiten – vor allem der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie des Rechts zur tatsächlichen Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen – substanziell zu korrigieren, wuchs innerhalb der DDR ebenso, wie er im Kontext der auswärtigen Beziehungen an Wirksamkeit zunahm. Obwohl es intern an Warnungen von ökonomischen Fachleuten wie an alarmierenden Berichten etwa der Staats-sicherheit vor den politischen Folgen einer Beibehaltung der bisherigen Linie nicht gefehlt hatte, war die DDR-Führung zu spät und in viel zu geringem Maße zu Veränderungen bereit. Wie wenig sie noch über Rückhalt auch in breiten Schichten der Bevöl-

**Es ist geschehen
und folglich kann es wieder geschehen:
Darin liegt der Kern dessen,
was wir zu sagen haben.**

Primo Levi

kerung verfügte, ließ sich am Verlauf der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 deutlich ablesen.

Der Öffnung der Mauer fünf Tage später war somit ein mehrjähriger Prozess vorangegangen, der im Herbst 1989 zu einer sich intensivierenden Systemkrise wurde, die sich mit den üblichen Mitteln staatlicher Repression nicht mehr beherrschen ließ. Diese Entwicklung erfasste in der Folgezeit auch die übrigen Länder Mittel- und Osteuropas und führte zur Überwindung der bis dahin herrschenden kommunistischen Einparteiensysteme. In der Sowjetunion haderten viele politisch maßgebliche Akteure mit dem innen-, vor allem jedoch außenpolitischen Machtverlust, der immer spürbar-